

WEN KANN EINE JÜDISCHE ANTI-ZIONISTIN WÄHLEN?

Posted on 23. August 2017

von Evelyn Hecht-Galinski.

Es schüttelt mich so viel Verlogenheit erleben zu müssen, in puncto Palästina, wenn ich die Wahlprogramme der deutschen Parteien lese. Keine Partei wagt es, sich öffentlich EINSEITIG auf die Seite der Entrechteten, Besetzten zu stellen. Ja, ich stimme Judith Butler voll zu, als sie Antizionismus als Pflicht bezeichnete, solange nicht die Demontage des politischen Zionismus als Ziel erreicht wird.

Diese Pflicht sollte als neue jüdische Ethik gelten. Ich selbst kenne nur eine Ethik die unteilbar ist und sich an Humanismus und Menschenrechten orientiert, egal ob jüdisch, christlich muslimisch oder atheistisch/laizistisch. Alles, was es jemals an Ethik gab, wird im „Jüdischen Staat“ mit Füßen getreten und als Besatzungsmacht ignoriert. Ein friedliches Zusammenleben wurde von den zionistischen Eindringlingen von Beginn an nicht gewollt und mit Taten manifestiert. Die Nakba, die Vertreibung der mehr als 700.000 Ur-Einwohner Palästinas, wurde vorangetrieben und war planmäßig organisiert in der ethnischen Säuberung Palästinas, die bis heute weiter vorangetrieben wird, ohne wirkliche Störmanöver der heuchlerischen Staatengemeinschaft.

Die jüdischen Eindringlinge, die ganz bewusst ihr Ziel verfolgten, einen „Jüdischen Staat“, für die verfolgten Juden Europas einzurichten, machten sich schuldig, indem sie genau so rassistisch handelten, wie sie es zuvor erlebt hatten. Frei von „Arabern“, der Begriff Palästinenser kommt ihnen bis heute nicht über die Lippen, da es laut zionistischer Propaganda kein palästinensisches Volk gibt, kolonisierten sie Palästina als Alleinherrscher und Besatzer. Endlich waren sie das Tätervolk, anstatt Opfer zu sein. Sie fühlten sich immer wohler in dieser Rolle. Ist es doch wieder wichtig sich erhaben über andere zu fühlen, auf dem Weg zum Endziel der Judaisierung Palästinas in einem Groß-Israel!

Dieser politische Zionismus, der förmlich nach Unterdrückung, Zerstörung und Vertreibung der Einheimischen verlangt, macht bewusst ein Zusammenleben auf Augenhöhe unmöglich, was ja auch nicht gewollt ist und niemals auf der Agenda steht.

Das ist für mich, gleichermaßen für viele Mitstreiter und Aktivisten die einzige humanistische Agenda: An

der Demontage des politischen Zionismus mitzuarbeiten, die jüdische und demokratische Pflicht, damit es doch einmal zu einem freien Palästina ohne illegale jüdische Besatzung kommt.

Ich stimme Judith Butler auch ausdrücklich zu, wenn sie nicht nur das Westjordanland und Gaza, sondern ganz Israel und die Staatsgründung für unrechtmäßig hält. Nur mit der Demontage des politischen Zionismus ist dieses Ziel zu erreichen. Solange der „Jüdische Staat“ ein jüdischer Nationalstaat ist, der die Palästinenser zu Menschen zweiter Klasse deklariert und die Trennung von Staat und Religion nicht vollzieht, sondern auf dem Judentum basierend, instrumentalisierend ein anderes, das palästinensische Volk illegal besetzt, drangsalisiert und das Judentum auch noch für die Außenpolitik missbraucht, solange wird es niemals Frieden in Palästina, der Region und der Welt geben. (2)

Darum ist es ausnehmend wichtig, dass sich immer mehr jüdische Bürger mit dem Anti-Zionismus beschäftigen, und ihren willigen Helfern „Sayanim“, wie die „Salon“Zionisten und „christlich-jüdischen“ Zionisten Paroli bieten zu können. Denn unsere anti-zionistische Stärke sind die Fakten, die wir vertreten, während Zionisten immer weiter ihre unwahren, nur auf unhistorischen Tatsachen beruhenden Thesen verbreiten. Jeder Historiker der daran rüttelt, wie z.B. Ilan Pappé, Shlomo Sand, Moshe Zuckermann, Norman Finkelstein und Kollegen werden zu Parias, zu Antisemiten gemacht.

Tatsache ist heute gleichermaßen, dass sich mit der ständigen Wiederholung der falschen Selbstdarstellung als „einzige“ Demokratie im Nahen Osten, die schon kein politisch halbwegs informierter Mensch mehr hören mag, dass sie so verlogen ist, wie das ganze zionistische Staatsgebilde des „Jüdischen Staates“, ein wissenschaftlich propagandistisches Produkt. Dass immer ausgeklügelter seine Positionen als demokratisch legitimiert darstellen will, während der legale Widerstand der Besetzten gegen die Besatzer, als Terror und illoyal diffamiert wird. Illegal ist nur die jüdische Besatzung Palästinas, daran sollten gerade Nachfahren von verfolgten Holocaustopfer erinnern.

Es ist nicht das Recht der Opfer zu Tätern zu werden und entbehrt jeder Legalität. Tatsächlich ist der „Jüdische Staat“ und seine Politik der ethnischen Säuberung durch nichts zu entschuldigen!

Diese Politik baut immer mehr darauf auf, Kritiker des „Jüdischen Staates“ und seiner

menschenverachtenden illegalen Siedlungs-, Völkerrechts- und Menschenrechtsverletzenden Politik als Antisemiten, Judenhasser oder immer neu erfundene Begriffe auszugrenzen. (Jüdische) Bürger die sich für die Organisationen Breaking the Silence, B'Tselem, Zochrot oder weitere Menschenrechtsgruppen engagieren werden diffamiert und verfolgt. Besonders auch BDS-Unterstützer werden zum neuen Feindbild weltweit stilisiert. Diese so wichtige und erfolgreiche Bewegung verdient unser aller Unterstützung! Ohne wenn und aber. Während der „Jüdische Staat“ inzwischen eine weltweite „Kriegsbewegung“ gegen BDS mit Millionen unterstützt, Einreiseverbote für BDS-Anhänger, wird diese Bewegung immer stärker, da sie eine Zivilgesellschaft ist, die unbeirrt von „Schmutzkampagnen verhängt“ wie „kauft nicht beim Juden“ Verunglimpfungen durch die Israel-Lobby übersteht und sich nicht beirren lässt im Kampf für ein freies Palästina.

Das alles bestärkt mich dabei, ohne Einschüchterung an diesem Ziel festzuhalten. Dämonisierung, Doppelstandards und Delegitimierung sollte uns nicht davon abhalten, mutig weiter zu machen. Solange es einen politischen Zionismus der Unterdrückung und Besatzung gibt, solange muss es Anti-Zionisten geben.

Keine Partei in Deutschland verfolgt dieses Ziel für eine freies Palästina. Nein, ganz im Gegenteil, einseitig wird der „Jüdische Staat“ als mit unseren Werten verbunden gleichgesetzt und mit der Staatsräson für seine Sicherheit belohnt. Mir ist das völlig unverständlich, weil genau das mit unserem Grundgesetz nicht vereinbar ist und nicht im Einklang steht. Während die illegale jüdische Besatzung Palästinas negiert wird, mit „unseren“ Werten, von allen Parteien kompatibel scheint, obwohl eben nicht mit diesen demokratischen Werten im Einklang steht, wird Unrecht weiter vorangetrieben.

Wenn ich ein Papier zum Wahlkampf 2017 lese, indem es „jüdische Positionen“ zum Bundeswahlkampf 2017 gibt und wer diese unterschrieben hat, dann frage ich mich, wie ist das möglich? Ist das Deutschland 2017? Ist das noch mit meinen und unseren Werten vereinbar?

Nein, mit meinen Werten sicher nicht. Da wird von einer „Freiheitlich- Demokratischen Leitkultur“ gesprochen.

Aber wenn dann unter Punkt 4 Israel als „spirituelle Heimat“ der Juden, also deutscher Bürger und die

„Besondere Verbindung“ zwischen Deutschland und dem „demokratisch jüdischen Staat“ Israel, basierend auf Geschichte und verbunden durch die Wertegemeinschaft „beider“ Demokratien, geprägt durch die in beiden Ländern ähnlichen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Fragestellungen geprägt ist, gesprochen wird, dann kann ich das nicht nachvollziehen.

Ebenso die Erwartung von Deutschland im „Friedensprozess“ (welcher Friedensprozess, der durch den „Jüdischen Besatzungsstaat“ verhinderte?), eine solidarische Unterstützung Israels gefordert wird, sowie Verständnis, dass die Erfüllung des palästinensischen Wunsches nach Selbstbestimmung nicht zu „weiteren“ Bedrohungen Israels führen darf (Wer bedroht hier eigentlich wen?!), dann kommt es noch dicker, indem neben den „radikal islamischen“ Gruppen der Iran als größte Bedrohung Israels und der freien Welt verunglimpft wird, dem man mit Härte anstatt Appeasement begegnen sollte. (Der Iran hat im Gegensatz zum „Jüdischen Staat“ noch keine Kriege begonnen und mit dem Einsatz von Atomwaffen gedroht!) Ich meine es ist an der Zeit, dem „Jüdischen Apartheidstaat“ mit Härte und Sanktionen zu begegnen, bis die illegale Besatzung beendet ist!

Der Absatz 5 „Umgang mit dem politischen Islam“

macht mich tief betroffen, indem der „politische Islam“ und der zunehmende Einfluss islamischer Verbände und Vereine, die der Religion eine „politischen Dimension“ geben wollen oder deren Werte nicht mit dem Grundgesetz vereinbar sind. (Für mich ist gerade der Zentralrat der Juden und andere jüdisch-internationale Lobbyorganisationen in Deutschland besorgniserregend, die bedingungslose Solidarität mit dem „Jüdischen Besatzerstaat“ einfordern und die Religion zu diesem Zweck missbrauchen. Zitat: Hier soll der Staat strengere Kriterien an Zusammenarbeit und Förderung anlegen. Organisationen, Verbände und Moscheen, die nicht ohne Wenn und Aber hinter Demokratie und Menschenrechten stehen, sollten verboten, geschlossen und ggf. strafrechtlich verfolgt werden. Staatsverträge dürfen nur nach strengen Maßgaben geschlossen werden. Finanzielle und weisungsgebende Einflussnahme ausländischer Regierungen auf deutsche Organisationen und Personengruppen ist strikt zu unterbinden. Zitatende (Drehen wir doch diese ganzen Sätze einmal um und setzen jüdische und Israel anstatt dessen ein, was ist

dann mit diesen Forderungen?)

Zu Absatz 6 „Vermeidung von Kollateralschäden“

Da meinen diese „jüdischen Positionäre“ doch, dass viel dafür spricht, dass ein Mensch nur eine Staatsbürgerschaft haben kann, allerdings mit EINER Ausnahme, Juden! Weil Juden historisch Verbindungen zu mehreren Ländern haben. Dieses „Augenmaß“ ist daher z.B. bei deutsch-israelischen Staatsbürgern ratsam ist. (Da haben wir es, eine unkoschere Extrawurst für jüdische Bürger, wenn es um Israel geht. Wenn das keine Parallelgesellschaft fördert!)

Unter Punkt 7 „Antisemitismus“

kommt dann der Hammer, also genau mein Kritik-Punkt. Zitat: „Von doppelten Standards geprägte Israel-Kritik, „Anti-Zionismus“ und die BDS Bewegung sind jedoch der selbe Hass in anderem Gewand. Dem darf kein Raum gegeben werden.“

Zitat Ende. (Da haben wir also die Gleichsetzung der Begriffe, Antisemitismus, BDS Bewegung und Anti-Zionismus. Das ist eine unwahre Behauptung und gilt nur dem Zweck des Stopps jeglicher Israel-Kritik und dem Ende jeglicher demokratischen Meinungsäußerung, dem Totschlagargument per se.) [\(1\)](#)

Nein, keine deutsche Leitkultur, die eine „jüdisch christliche“ Solidarität mit den Besatzungsverbrechen des „Jüdischen Staates“ fordert und Islamhass fördert und Muslime ausgrenzt! Jüdische Positionen dieser Art sind so nicht mit dem Grundgesetz und „unseren/meinen“ Werten vereinbar!

So kann ich als „jüdische Anti-Zionistin“, deutsche Bürgerin, mit einem(!) Pass(!), keine Partei wählen die sich solche („jüdischen“) Positionen dieser „Werteinitiative“ zu eigen macht!

Danke an die Autorin für das Recht der Zweitverwertung.

Dieser Text erschien zuerst auf der Seite „Sicht vom Hochblauen“: ["Wen kann eine jüdische Anti-Zionistin wählen?"](#)

KenFM bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Meinungsartikel und Gastbeiträge müssen nicht die

Sichtweise der Redaktion widerspiegeln.

+++

Dir gefällt unser Programm? Informationen zu Unterstützungsmöglichkeiten hier: <https://kenfm.de/support/kenfm-unterstuetzen/>